



Unterkünfte für Flüchtlinge zu bauen, wie hier am Weinweg, während es einheimische Wohnungssuchende mit unteren und mittleren Einkommen immer schwerer haben, eine bezahlbare Bleibe zu finden – das birgt nach Ansicht der CSU sozialen Sprengstoff. Foto: Lösch

CSU sorgt sich um sozialen Frieden

POLITIK Die Opposition fordert eine Offensive zur Schaffung bezahlbaren Wohnraums. Der Planungsausschuss vertagte die Debatte über Details zunächst.

VON NORBERT LÖSCH, MZ

REGENSBURG. Die CSU im Regensburger Stadtrat hat schon wiederholt vermeintliche Versäumnisse der Stadtregerung bei der dringend notwendigen Schaffung bezahlbaren Wohnraums angeprangert. Jetzt legt die Opposition nach: Sie sieht durch die sich immer weiter zuspitzende Situation den sozialen Frieden gefährdet und fordert ein Sonderprogramm. Die Debatte über Details eines entsprechenden Antrag hat der Planungsausschuss auf Vorschlag von OB Joachim Wolbergs gestern allerdings vertagt.

Ihren Vorstoß begründet die CSU hauptsächlich mit zwei Argumenten. Nicht ganz neu ist dabei der Vorwurf an die Adresse der bunten Koalition, es reiche bei weitem nicht aus, angesichts des enormen Wohnungsbedarfs auf bereits unter der CSU-Stadtratsmehrheit geschaffene Baugebiete zu vertrauen. Deshalb beantragte die Opposition eine sofort umzusetzende „Offensive bezahlbarer Wohnraum zur Wahrung des sozialen Friedens“.

„Gefahr erheblicher Spannungen“

Der sei nämlich gefährdet, so das zweite Argument, weil sich „die Lage auf dem Wohnungsmarkt aufgrund des massiven Zuzugs von Flüchtlingen dramatisch zuspitzt.“ Es bestehe „die erhöhte Gefahr, dass erhebliche Spannungen entstehen, wenn einheimische Wohnungssuchende noch schlechter als bisher mit bezahlbaren Wohnungen versorgt werden können.“ Dabei hat die CSU nicht nur öffentlich geförderte im



Einen Spatenstich – wie hier im Sommer für ein inklusives Wohnprojekt am Galenberg – nach dem anderen wünscht sich nicht nur die CSU. Archivfoto: Lex

AUS DEM CSU-ANTRAG

► **Wie können möglichst schnell** mehr bezahlbare Wohnungen geschaffen werden? Die CSU setzt primär auf diese Maßnahmen: Bereitstellung von zusätzlichen Grundstücken für die Stadtbau GmbH, Verfügbarmachung von leerstehenden Gewerbeimmobilien für Wohnnutzung durch die Änderung von Flächennutzungsplänen und die anschließende Schaffung von Baurecht über Bebauungspläne, Intensivierung des städtischen Grundstückserwerbs, Schaffung zusammenhängender großer Baugebiete mit städtischen Grundbesitzanteil, Ankauf von Belegungsrechten für Wohnungen Privater durch die Stadt.

► **Das Maßnahmenpaket** sieht laut der CSU auch „völlig neue Wege“ vor: etwa die Einrichtung einer direkt beim Oberbürgermeister angesiedelten Stabsstelle „Wohnungsbauoffensive“, die Ausdehnung des Engagements der Stadtbau auch auf Umlandgemeinden sowie ein „Scanning“, um in der Stadt bestehende Baulücken systematisch zu erfassen und zu nutzen.

► **Ihren Antrag** begründet die CSU unter anderem damit, dass sich „die Lage auf dem Wohnungsmarkt aufgrund des massiven Zuzugs von Flüchtlingen dramatisch zuspitzt“. Das berge die Gefahr „erheblicher Spannungen“.

Auge: „Es besteht enormer Wohnungsbedarf im Bereich oberhalb des Sozialwohnungssegments.“

Eine große inhaltliche Debatte über den CSU-Antrag wurde am Mittwoch im Planungsausschuss des Stadtrats wider Erwarten gar nicht geführt. Oberbürgermeister Joachim Wolbergs ging nämlich nicht auf Konfrontationskurs, sondern baute der Opposition eher eine Brücke. Er schlug vor, nicht über den Antrag in der vorliegenden

Form abstimmen zu lassen, wenn die CSU bereit wäre, ihr Anliegen als Prüfantrag an die Verwaltung umzuformulieren. Denn im Januar sei ohnehin eine Generaldebatte über die städtische Wohnungspolitik angesagt, der man jetzt nicht mit der Brechstange vorgreifen müsse. Christian Schlegl, wohnungspolitischer Sprecher der CSU-Fraktion, nahm das Signal auf: „Wir werden unseren Antrag nicht in die Tonne treten, indem wir ihn von Ihnen ablehnen lassen.“

Schlegl machte dennoch kurz deutlich, um was es seiner

Fraktion gehe. Sie sehe „absolut dringenden Handlungsbedarf“ in Sachen Wohnungsmarkt – auch aus gesellschaftspolitischen Gründen. „Wir dürfen die Situation nicht noch mit Verteilungskämpfen auf dem Wohnungsmarkt verschärfen.“

Die CSU sehe ein Konfliktpotenzial zwischen Flüchtlingen, für die Unterkünfte gebaut werden, und vielen Regensburgern, für die ein Wohnungsmarkt gerade „im mittel- und unterpreisigen Segment“ kaum mehr existiere. Würden deswegen Spannungen entstehen, würden diese auch rechten Tendenzen Vorschub leisten, fürchtet Schlegl. Und der Weg zu Wohneigentum bleibe einem Großteil der arbeitenden Bevölkerung verwehrt: „Trotz der anhaltenden Niedrigzinsphase können sie sich kein Eigentum schaffen, weil ihnen die Liquidität fehlt. Sie sind auf den Mietmarkt angewiesen.“

OB: Es gibt keine Enteignungen

Dem wollte auch aus der Koalition niemand widersprechen. Zu einer Klarstellung sah sich allerdings der OB angesichts einiger Formulierungen in dem Antrag genötigt. „Niemand in der Verwaltung hat über Enteignungen nachgedacht und auch nicht über Zwangskündigungen von Mietern in städtischen Wohnungen. Das wird auch so bleiben“, versicherte Wolbergs der Opposition.

Jetzt soll also die Verwaltung prüfen, welche Punkte aus dem CSU-Papier mittels eines Sonderprogramms für den Wohnungsbau umsetzbar erscheinen. Zu den Forderungen gehört laut Christian Schlegl unter anderem eine gemeinsame Grundstückseigentums-gesellschaft mit dem Landkreis oder die Nutzung leerstehender Gewerbeimmobilien zu Wohnzwecken. Der umformulierte Antrag wurde einstimmig angenommen.

Christian Schlegl, wohnungspolitischer Sprecher der CSU



Baute der Opposition eine Brücke: OB Joachim Wolbergs